Bekanntmachung

Die Kreisverwaltung Bitburg-Prüm hat mit Bescheid vom 13.10.1980, Az. : 6 a - 610 - 13 - 7/10 - den Bebauungsplan der Ortsgemeinde Weinsheim für das Teilgebiet " Auf Hostert " gemäß § 11 des Bundesbaugesetzes, der Bekanntmachung der Neufassung vom 18.8.1976, zuletzt geändert durch das Gesetz zur Beschleunigung von Verfahren und zur Erleichterung von Investitionsvorhaben im Städtebaurecht vom 6.7.1979 (BGBl. 1 S. 949), einschließlich der Textfestsetzungen genehmigt.

Geltungsbereich des genehmigten Bebauungsplanes :

Das Plangebiet liegt auf der Gemarkung Weinsheim und wird begrenzt im Süden durch die hofnahen Grundstücksflächen der Anlieger Serwas und Schmitz, im Westen im rückwärtigen Bereich der einseitigen Bebauung entlang des derzeitigen Wald- und Wirtschaftsweges durch die Restgrundstücksflächen im Distrikt " Am Hauwert " und " Auf'm Hauwert " , im Norden durch die Waldflächen im Distrikt " Auf der Hardt " und im Osten durch Teilflächen des gemeindlichen Flurstückes 52/1 im Distrikt " Auf der Hardt " und des Flurstückes Nr. 13, angrenzend an den Distrikt " Oben im Dorf " .

Der genehmigte Bebauungsplan kann während der Dienststunden in der Zeit von 7.30 Uhr bis 12.30 Uhr und 13.30 Uhr bis 16.30 Uhr bei der Verbandsgemeindeverwaltung Prüm, Kalvarienbergstr. 4, Zimmer 33, eingesehen werden.

Gemäß § 155 a des Bundesbaugesetzes wird außerdem darauf hingewiesen, daß eine Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften des Bundesbaugesetzes beim Zustandekommen des Bebauungsplanes mit Ausnahme der Vorschriften über die Genehmigung und deren Bekanntmachung unbeachtlich ist, wenn die Verletzung der Verfahrens- und Formvorschriften nicht innerhalb eines Jahres seit dem Inkrafttreten des Bebauungsplanes schriftlich der Ortsgemeinde Weinsheim gegenüber geltend gemacht worden ist.

Diese Frist beginnt am 25.10.1980 und endet am 24.10.1981.

Gemäß § 24 Absatz 6 der Gemeindeordnung für Rheinland-Pfalz vom 14.12.1973 , in der Fassung vom 21.12.1978, wird darauf hingewiesen, daß eine Verletzung der Bestimmungen über Ausschließungsgründe (§ 22 Absatz 1 Gemeindeordnung) und die Einberufung und die Tagesordnung von Sitzungen des Gemeinderates (§ 34) unbeachtlich ist, wenn sie nicht innerhalb eines Jahres nach der öffentlichen Bekanntmachung dieses Bebauungsplanes schriftlich unter Bezeichnung der Tatsachen, die eine solche Rechtsverletzung begründen können, gegenüber der Ortsgemeinde Weinsheim geltend gemacht worden ist.

Mit dieser Bekanntmachung wird der Bebauungsplan der Ortsgemeinde Weinsheim für das Teilgebiet " Auf Hostert " rechtsverbindlich.

Weinsheim, den 25.10.1980

Dr. Kläsges, Ortsbürgermeister